



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: **Bericht zum Postulat 2013/208 vom 13. Juni 2013 von Landrat Philipp Schoch, Grüne Fraktion: Stärkung der Fluglärmkommission**

Datum: 20. Mai 2014

Nummer: 2014-172

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



2014/172

Kanton Basel-Landschaft

Regierungsrat

Vorlage an den Landrat

Bericht zum Postulat [2013/208](#) vom 13. Juni 2013 von Landrat Philipp Schoch, Grüne

Fraktion: Stärkung der Fluglärmkommission

vom 20. Mai 2014

1. Ausgangslage

Am 13. Juni 2013 reichte Landrat Philippe Schoch, Grüne Fraktion, das Postulat [2013/208](#) „Stärkung der Fluglärmkommission“ ein, welches vom Landrat am [31. Oktober 2013](#) mit folgendem Wortlaut überwiesen wurde:

„Die Fluglärmkommission (FLK) arbeitet seit über 10 Jahren. Sie berichtet jährlich über die „Bemühungen zur Verminderung des Fluglärmes“ rund um den Euroairport. Von den Bemühungen und einer proaktiven Rolle der Kommission ist nach 10 jähriger Tätigkeit wenig zu bilanzieren, es entsteht der Eindruck die FLK verwaltet leidlich die erfassten Fluglärmmessungen des Flughafens. In der Fluglärmkommission sind heute verschiedene Interessen vertreten, leider fehlt aber ein wesentlicher Teil, die lärmbeeinträchtigte Bevölkerung wird zu wenig gewichtet im Gremium. Bis heute fehlt ein konkreter Einbezug von Fluglärm kritischen Kreisen gänzlich. Es ist gute demokratische Gepflogenheit, dass alle relevanten Kräfte in einen Prozess einbezogen werden und die jeweiligen Anliegen entsprechend direkt eingebracht werden können. Die Fluglärmkommission sollte umgehend ergänzt und gestärkt werden.“

Der Regierungsrat wird ersucht zu prüfen und zu berichten wie die Fluglärmkommission gestärkt werden kann, insbesondere durch Einbezug von Fluglärm kritischen Kreisen, namentlich der Gemeindeverbund Flugverkehr und den Schutzverband der Bevölkerung um den Euroairport.“

2. Stellungnahme des Regierungsrates

Die Fluglärmkommission hat ihre Rechtsgrundlage in der Vereinbarung zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die Fluglärmkommission und die Ombudsstelle für Fluglärmklagen vom 29. Mai 2001 (SGS 486.31). § 4 der besagten Vereinbarung regelt detailliert die Zusammensetzung der Kommission, welche aus maximal 19 Mitgliedern besteht. Danach ist die Bevölkerung der beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft mit je 2, die Bevölkerung des Elsass mit 3 Vertreterinnen oder Vertretern präsent. Damit setzt sich die Kommission zu mehr als einem Drittel aus Vertreterinnen oder Vertretern der lärmbeeinträchtigten Bevölkerung zusammen. Zu-

sätzlich hat die Bevölkerung des Kantons Basel-Landschaft noch ein Ersatzmitglied in der Kommission. Die Vorschläge für die Bevölkerungsvertretungen in der Kommission wurden in der Vergangenheit stets vom Verband Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG) nominiert. Gemeindefest sind derzeit Allschwil und Binningen für die Bevölkerung in der Kommission, was sachgerecht ist. Die Vertreterin der Gemeinde Binningen gehört dort auch dem Gemeinderat an und ist offiziell Delegierte der Gemeinde im Schutzverband. Der Schutzverband ist damit, wie dies vom Postulanten vorgeschlagen wird, in der Fluglärmkommission vertreten, und zwar durch ein Vorstandsmitglied. Zugleich ist die Gemeinderätin von Binningen auch Vorsitzende des Gemeindeverbands Flugverkehr, mithin hat auch diese Gruppierung die Möglichkeit, ihre Anliegen über ihre Vorsitzende in die Fluglärmkommission einzubringen.

Im Ergebnis stellt der Regierungsrat fest, dass der vom Postulanten gewünschte Einbezug von Fluglärm kritischen Kreisen, namentlich dem Gemeindeverband Flugverkehr und dem Schutzverband der Bevölkerung um den Flughafen Basel Mülhausen, bereits heute Tatsache ist. Beide Vereinigungen sind in der Fluglärmkommission repräsentiert.

3. Antrag

Das Anliegen des Postulanten ist bereits erfüllt, weshalb der Regierungsrat dem Landrat beantragt, das Postulat [2013/208](#) abzuschreiben.

Liestal, 20. Mai 2014

Im Namen des Regierungsrates
der Präsident:

Urs Wüthrich-Pelloli

der Landschreiber:

Peter Vetter